

Lobbying | Nach der Kasachstan-Affäre gerät die Wandelhalle wieder in den Fokus. Meinungen der Walliser Parlamentarier

# Alle, die da gehen ein und aus

DAVID BINER

Politische Affären haben auch etwas Gutes. Und zwar dann, wenn die darauffolgende Debatte in der Öffentlichkeit grösser wird als die Welle der Empörung. Diese flaut nämlich meist so schnell wieder ab, wie sie losgetreten worden ist.

Es darf zwar bezweifelt werden, dass die von der Kasachstan-Affäre angestossene Debatte über Lobbyisten und deren Rolle im politischen Milizsystem der Schweiz bis zu den Sommerferien «überleben» wird – zumal das Thema keineswegs neu ist. Wie eine kleine Umfrage bei den Walliser Parlamentariern in Bern aber zeigt, könnten die Positionen der Politiker unterschiedlicher nicht sein.

## Reynard: «Nahe an einem Korruptionssystem»

Angefangen bei den Kritikern und Mathias Reynard. Geht es nach dem SP-Nationalrat, sollte man das jetzige – sogenannte – «Götti-System», wonach Ratsmitglieder für je zwei Personen eine Zutrittskarte fürs Parlamentsgebäude ausstellen lassen können, gänzlich abschaffen. Die in der Wandelhalle ein und aus gehenden Lobbyisten seien ein Problem. «Wir Parlamentarier können uns kaum noch in Ruhe unterhalten und arbeiten. Der Parlamentsbetrieb wird durch die Lobbyisten richtiggehend gestört.» Zudem sei es auch schon vorgekommen, dass sicher geglaubte Mehrheiten im Parlament in letzter Minute «umlobbiert» wurden. In der jetzigen Affäre sieht der Sozialdemokrat deshalb nur den «Gipfel eines Eisberges» und stellt eine düstere Diagnose: «Wir sind nahe an einem Korruptionssystem.» Reynard stösst sich vor allem daran, dass eine Vielzahl von Volks- und Ständevertretern in Bern durch bezahlte Mandate in Verwaltungsräten und anderen einflussreichen Gremien direkt an Partikularinteressen gebunden sind. «Man weiss zwar, wer für wen und was weilt. Nicht aber, wie viel Geld er dafür jährlich bekommt.» Reynard selbst hat seine Zutrittsbadges übrigens auch vergeben: an Isabelle Pasquier-Eichenberger von der Alpen-Initiative sowie Ivan Ordas Criado vom Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS).

## Freysinger: Parlamentarier als «Luxuslobbyisten»

Ähnlich wie der Unterwalliser Genosse sieht es Oskar Freysinger am anderen Ende des Nationalratssaals. Vom Volk gewählt und von Firmen bezahlt – manche Ratskollegen seien regelrechte «Luxus-Lobbyisten». Zumal sie – je nach Kommission und Geschäft – beträchtlichen Einfluss auf die politische Gestaltung und den Informationsfluss nehmen können. Interessenkonflikte seien so vorprogrammiert, und ja: «Wenn es bei Abstimmungen Spitz auf Knopf steht, kann eine gezielte Lobby den Unterschied machen.» Mit seiner Art zu politisieren wäre es ohnehin ein grosser Nachteil gewe-



Ein Kommen und Gehen. Parlamentarier, Lobbyisten und Journalisten diskutieren in der Wandelhalle des Bundeshauses, während auf dem kleinen Bildschirm rechts der Walliser SP-Nationalrat Stéphane Rossini zu sehen ist. (Bild: 10. Sept. 2014)

FOTOS KEYSTONE ARCHIV/WB

sen, auf irgendeiner Gehaltsliste einer Firma oder eines Verbands zu stehen, meint Freysinger. «So konnte ich immer Vorstösse zu Themen machen, die ich persönlich als wichtig empfand. Diese Freiheit habe ich stets höher gewichtet.» Deshalb habe er selbst auch nie ein Mandat angenommen. «Obwohl es an Angeboten nicht mangelte», erinnert sich der SVP-Nationalrat gewohnt unbescheiden. Seine zwei Badges sind mit Antoine Carraux und Jérôme Desmeules zurzeit für zwei Parteikollegen Freysingers (SVP Unterwallis) vorgesehen. «Ich kann mich aber nicht daran erinnern, diese beiden in der laufenden Legislatur jemals in Bern gesehen zu haben.» Und die 33 000 Franken Jahresentschädigung, die jeder Parlamentarier (steuerfrei) für Personal- und Sachausgaben erhält? «Damit entlohne ich meine Frau, die sich um meine Post oder die Administration sowie Gestaltung meiner Homepage kümmert.» Einen PR-Berater braucht Freysinger offenbar nicht. Mit politischen Vorstössen über Robbenprodukte oder Hai-flossen schafft es der Staatsrat mit Doppelmandat meistens aus eigener Kraft in die landesweiten Medien.

Ganz anders Viola Amherd. Im Gegensatz zu Freysinger gilt die CVP-Nationalrätin als stille Schafferin, die die Medienbühne nicht scheut, sie aber nicht

auf Teufel komm raus sucht. Und auch zum Lobbyismus nimmt sie eine andere Position ein als ihre beiden Walliser Kollegen an den Rändern des Ratssaals.

## Amherd: «Müssen uns ja nicht überreden lassen»

«Lobbying ist grundsätzlich nichts Schlechtes», so Amherd, die von den besagten 33 000 Franken Gebrauch macht und dem PR-Berater Stefan Wyrer, ihrem «persönlichen Mitarbeiter», sowie René Rall vom Schweizerischen Anwaltsverband Zugang zum Bundeshaus verschafft. Über Sinn und Unsinn des «Götti-Systems» könne man zwar diskutieren. Grundsätzlich appelliert sie aber an die Eigenverantwortung, die die Nationalräte als gewählte Volksvertreter wahrnehmen müssen.

Lobbyisten zuhören ja, dann aber selbst entscheiden: «Wir müssen uns ja nicht überreden lassen.» Erst letzte Woche während der nationalrätlichen Sondersession sei ein Lobbyist an sie herangetreten, um ihr einen pfannenfertigen Vorstoss in die Hände zu drücken. «Es ging um Wasserkraft», so Amherd, die sich zum Inhalt des angebotenen Textes nicht weiter äussern will und diesen dankend ablehnte. Und auch CVP-Präsident Christophe Darbellay sieht in den Abläufen in Bundesbern nichts Verwerfliches.

«Ob für Berglandwirtschaft, Tourismus oder Aussenpolitik – Lobbyismus gehört zur Demokratie.» Die Tatsache, dass Vorstösse direkt von Lobbyisten verfasst werden, sei so alt wie das Parlament selbst. Dass sich jetzt die nationale Presse dermassen auf die Kasachstan-Affäre eingeschossen hat und daraus eine «Riesen-Geschichte» macht, kann der Unterwalliser Nationalrat nicht nachvollziehen. Er bricht sogar eine Lanze für die in die Kritik geratene Christa Markwalder: «Auch wenn wir politisch das Heu nicht immer auf gleicher Bühne haben: Ich kenne Christa schon lange. Sie ist eine «Chrampferin» und absolut integer.» Was über die FDP-Nationalrätin zurzeit alles geschrieben werde, sei die pure «Hetze», so Darbellay, der in der neusten Ausgabe der «Weltwoche» aufgrund seiner Mandate in der Privatwirtschaft ebenfalls als gekauftes Politiker dargestellt wird. «Roger Köppel und die «Weltwoche» wehrten sich vehement gegen die Abschaffung des Bankgeheimnisses oder machten sich zudem immer für das Milizparlament stark. Gleichzeitig sollen wir Parlamentarier aber ganz ohne Mandate quasi «füdlblutt» politisieren? Ein krasser Widerspruch», schiesst Darbellay zurück. Die Debatte über Lobbyismus läuft. Mindestens bis zur Sondersession Anfang Juni.

## KASACHSTAN-AFFÄRE

Hintergrund ist eine Interpellation, welche die FDP-Nationalrätin Christa Markwalder im Juni 2013 eingereicht hatte. Darin stellte sie dem Bundesrat mehrere Fragen zur Beziehung der Schweiz zu Kasachstan. Wie die NZZ letzte Woche berichtete, hatte nicht Markwalder selber den Vorstoss verfasst, sondern die Lobbyistin Marie-Louise Baumann von der PR-Agentur Burson-Marsteller.

Baumann habe im Auftrag der kasachischen Partei Ak Schol gehandelt, die sich als Opposition bezeichnet, aber dem autoritären Regime nahesteht. Die Kasachen sollen die Interpellation ohne das Wissen Markwalders überarbeitet haben. Dabei wurde unter anderem ein Hinweis auf die Menschenrechte gestrichen.

Der Walliser FDP-Nationalrat Jean-René Germanier stützt seiner Parteikollegin derweil den Rücken. Rein moralisch habe Markwalder nichts Falsches gemacht, so Germanier auf Anfrage. Zudem glaube er nicht, dass die Geschichte einen negativen Einfluss auf die FDP im Wahljahr haben könnte. «Zumindest hier im Wallis nicht.» Im Unterwallis etwa nehme man die Affäre kaum zur Kenntnis. Im Oberwallis ist der Freisinn praktisch inexistent. Mit einer im letzten Herbst gegründeten Jungpartei soll sich das künftig ändern. Christa Markwalder wurde damals übrigens als Referentin an die erste GV eingeladen. Musste aber absagen. | sda/dab

## Herausgegriffen Darbellay und Kasachstan

BERN | «Lage in Kasachstan. Mögliches Vorgehen in der Schweiz» – so der Titel einer Interpellation, die Christophe Darbellay im März 2012 eingereicht hatte. Der CVP-Präsident wollte vom Bundesrat etwa wissen, welche Massnahmen die Schweiz plane, «um die Übergriffe des machthabenden Regimes zu stoppen». Er habe den Vorstoss damals «spontan» und im eigenen Interesse an der schweizerischen Aussenpolitik eingereicht, so Darbellay auf Anfrage. Inhaltlich habe dieser Vorstoss weder mit Christa Markwalder noch mit einer Lobby-Agentur zu tun. Zudem sieht Darbellay keine Image-Gefahr darin, dass er einen Badge an Tim Frey ausgestellt hat. Frey ist Leiter Public Affairs und Mitglied der Geschäftsleitung von Burson-Marsteller. Jener PR-Agentur, die durch die Kasachstan-Affäre nun ins öffentliche Scheinwerferlicht gerät. Zuvor war Frey CVP-Generalsekretär. dab



Lobbyisten-freundlich? Während die Walliser Nationalräte an den politischen Polen – Mathias Reynard (SP) und Oskar Freysinger (SVP) – nicht viel von Lobbyisten halten, gehören diese für die CVP-Vertreter zum politischen System in Bundesbern dazu. (Bild Mitte: von links Yannick Buttet, Christophe Darbellay, Viola Amherd)